

Pressefahrt des SGVHT nach Kassel am 10./11. September 2022

Sperrfrist Dienstag, 13. September 2022

Es gilt das gesprochene Wort!

Ausführungen von

Stefan G. Reuß

**Geschäftsführender Präsident des
Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen**

- I. Vorbemerkung**
- II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen im ersten Halbjahr 2022**
- III. Weitere Entwicklung**
- IV. Banken- und Nachhaltigkeitsregulierung gefährdet mittelständische
Struktur der deutschen Wirtschaft**
- V. Fazit**

I. Begrüßung und Einleitung

Anrede!

Herzlich Willkommen in Kassel. Für mich ist in diesem Jahr vieles Premiere. Das gilt auch für die Pressefahrt mit dem Internationalen Club Frankfurter Wirtschaftsjournalisten. Wir sind in diesem Jahr wieder einmal Gast auf der Documenta, die von der Kasseler Sparkasse seit der ersten Ausstellung im Jahr 1955 unterstützt wird. Die Sparkassen-Finanzgruppe insgesamt ist seit 1997 als Hauptpartner aktiv.

Die Documenta hat sich inzwischen zu einer der weltweit bedeutendsten Ausstellungsreihen für zeitgenössische Kunst entwickelt. Bei ihr ging es schon immer kontrovers zu. Das ist auch kein Wunder. Schließlich versteht sich diese Kunstschau traditionell als Ort der kulturellen Auseinandersetzung, die Perspektiven erweitern, neue Vorstellungswelten schaffen und die Verständigung untereinander fördern will.

Letzteres Ziel ist zu Beginn der aktuellen Documenta durch die Präsentation eines Großplakats auf dem Friedrichsplatz mit antisemitischen Darstellungen konterkariert worden. Das ist völlig inakzeptabel. Es muss natürlich aufgearbeitet werden, wie es dazu kommen konnte. Ich setze darauf, dass das auch gelingen wird und die notwendigen organisatorischen und kuratorischen Konsequenzen daraus gezogen werden. Ohne relativieren zu wollen, dass besagtes Großplakat und weitere antisemitische Exponate – trotz entsprechender warnender Hinweise – leider in die Ausstellung gelangt sind, würde es den Dingen aber nicht gerecht werden, wenn man die Documenta fifteen allein auf diesen kritikwürdigen Aspekt reduzieren würde. Ich bin davon überzeugt, dass es sich auch in diesem Jahr lohnt, sich mit den vielfältigen Kunstwerken auseinanderzusetzen, die von schätzungsweise 1.500 Künstlern präsentiert werden.

Noch trennt uns von der Kunst aber das Pressegespräch, das traditionell den Auftakt zu unserer Pressefahrt macht. Hierzu begrüße ich Sie herzlich. Wie gewohnt möchte ich Ihnen bei dieser Gelegenheit unter anderem die Geschäftszahlen des ersten Halbjahres unserer Sparkassen in Hessen und Thüringen vorstellen.

II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen im ersten Halbjahr 2022

Als unser Verband am 8. März seine Bilanzpressekonferenz abgehalten hat, hatte die russische Armee gerade die Ukraine überfallen. Zwar war von Anfang an klar, dass dieser Krieg dort gewaltige Zerstörungen und unsagbares Leid bei den Menschen anrichten würde. Überhaupt nicht abschätzbar war damals allerdings, wie sich das auf uns auswirken würde.

Jetzt, ein halbes Jahr später, können wir immerhin ein erstes Zwischenfazit ziehen, auch wenn vieles noch immer unsicher ist.

Fest steht jedenfalls, dass die wirtschaftlichen Folgen des Krieges und der damit verbundenen Sanktionen gegen Russland auch hier bei uns zu spüren sind – vor allem in der Gestalt hoher Energiepreise und gestörter Lieferketten, die gemeinsam mit einer verfehlten, viel zu lange andauernden ultralockeren Geldpolitik dazu geführt haben, dass die Inflation inzwischen auf den höchsten Stand seit 40 Jahren angestiegen ist. Gleichzeitig lässt sich aber auch konstatieren, dass die deutsche Volkswirtschaft diesen gewaltigen exogenen Schock bislang einigermaßen gut überstanden hat.

Fatale Abhängigkeiten

Selbst wenn der Überfall hoffentlich möglichst bald zu einem Ende kommt, wird es danach wohl nie mehr so sein, wie es vorher war. Vor allem Deutschland wird sich von Abhängigkeiten befreien müssen, in die wir uns selbst begeben haben, weil sie so bequem und günstig waren und niemand damit gerechnet hat, dass uns das einmal einholen könnte. Jetzt sehen wir, dass das eine Fehleinschätzung war. Wenn wir uns aus diesen Abhängigkeiten ganz oder teilweise befreien wollen, wird uns das aber einen Teil unseres heutigen Wohlstandes kosten. Das Nachdenken hat begonnen mit Blick auf Russland. Wir schauen jetzt aber auch nach China – spätestens seit dem Besuch von Frau Pelosi in Taiwan.

Es ist eben nie gut, Konzentrations- und Klumpenrisiken einzugehen. Diese Erfahrung haben viele Banken – zum Glück nicht unsere Sparkassen-Finanzgruppe Hessen-Thüringen – in der Weltfinanzkrise gemacht. Und diese Erfahrung machen jetzt Politik und Realwirtschaft bei den Gaslieferungen.

Insgesamt war die erste Hälfte des Jahres 2022 durch viele Unsicherheiten und Widersprüchlichkeiten geprägt, die uns bis heute begleiten. Wir leben in den Zeiten des Einerseits-Andererseits: Einerseits sind die Auftragsbücher von Industrie und Handwerk voll. Andererseits können viele dieser Aufträge wegen der gestörten Lieferketten im Zuge des immer noch nachwirkenden chinesischen Corona-Lockdowns und der Sanktionen gegen Russland nicht abgearbeitet werden.

Einerseits blicken viele Firmen wegen des Kriegs in der Ukraine, der hohen Inflation und der erheblichen Materialengpässe mit Sorgen in die Zukunft. Andererseits ist der Ifo-Geschäftsklimaindex im April und Mai zweimal in Folge gestiegen und im Juni nur leicht gesunken. Einerseits verfügen viele Verbraucher über dicke Kapitalpolster, die sie wegen der stark eingeschränkten Konsummöglichkeiten während der Corona-Pandemie angesammelt haben. Andererseits halten sich viele Menschen aufgrund der Teuerung

weiterhin mit Anschaffungen zurück und das Armutsrisiko weitet sich zunehmend auf Normalverdiener aus.

Kreditgeschäft als Treiber des Bilanzsummenwachstums

Trotz dieser Widersprüchlichkeiten und Unsicherheiten haben sich unsere 49 Sparkassen in Hessen und Thüringen in der ersten Jahreshälfte 2022 ordentlich behauptet. Wie in den Vorjahren hat das Kundengeschäft wesentlich dazu beigetragen, dass die Bilanzsumme unserer Institute insgesamt um 0,5% gestiegen ist. Entscheidender Treiber war einmal mehr das Kreditgeschäft, das sich wieder als sehr lebhaft erwiesen hat. Auch das klingt etwas paradox. Denn angesichts der sehr unsicheren geopolitischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wäre doch eher eine zurückhaltende Nachfrage nach Krediten zu erwarten gewesen.

Die Realität sieht aber anders aus. So sind die Kreditbestände bei den Sparkassen in Hessen und Thüringen in den ersten sechs Monaten des Jahres 2022 insgesamt um 3,0% und damit fast doppelt so stark wie im Vorjahreszeitraum gestiegen.

Das Wachstum ging besonders auf das Konto des Firmenkundenkreditgeschäfts, das um 3,3% zugelegt hat. Viele Unternehmen haben frische Kredite genutzt, um ihre Lager aufzustocken und sich damit unabhängiger von Lieferengpässen zu machen. Andere decken sich sicherheitshalber mit mehr Liquidität ein, um gegen die steigenden Energiepreise gewappnet zu sein. Und natürlich gibt es auch noch jede Menge Firmen, die weiter investieren und sich das immer noch relativ günstige Zinsniveau sichern möchten. Die Ausrüstungsinvestitionen sind im 1. Quartal 2022 im Vergleich zum Vorquartal um über 2% gestiegen.

Diese beiden Stränge – höherer Liquiditätsbedarf/mehr Betriebsmittel und mehr Investitionen – haben sich bei unseren Sparkassen im Berichtszeitraum in einem Zuwachs von 5,5% bzw. 3,2% beim kurz- respektive langfristigen Kreditvolumen niedergeschlagen.

Aber auch im Privatkundenkreditgeschäft konnten unsere Sparkassen ein Bestandsplus von 2,8% verbuchen. Die Wachstumsrate bei den Immobilienfinanzierungen fiel mit 3,0% fast identisch aus. Das ist durchaus beachtlich, denn auch in diesem Geschäftsfeld zeigt sich grundsätzlich ein gemischtes Bild. Nach einer McKinsey-Studie wollen 5% der Befragten wegen der steigenden Bau-, Energie- und Zinskosten den geplanten Hausbau oder -kauf verschieben oder ganz absagen. 4% möchten ihn dagegen beschleunigen. Bei unseren Sparkassen in Hessen und Thüringen scheinen derzeit noch die Beschleuniger beim Kauf oder Bau eines Hauses oder einer Wohnung die Oberhand zu haben.

Neukreditgeschäft bleibt intakt

Zwar gibt es inzwischen die ersten Signale, dass sich der Immobilienmarkt angesichts der exorbitant hohen Baukosten bzw. Kaufpreise sowie der steigenden Bauzinsen allmählich zu drehen beginnt. Bei unseren Sparkassen spricht das Neukreditgeschäft allerdings zumindest momentan noch für eine Fortsetzung des beschriebenen Trends. Insgesamt sind die Darlehenszusagen bei unseren Instituten im ersten Halbjahr 2022 um 7,7% gestiegen. Dazu haben die Wohnungsbaukredite mit einem Plus von knapp 7% beigetragen. Dieser Zuwachs fällt zwar deutlich geringer aus als im Vorjahreszeitraum (+17%). Er zeigt aber, dass das Immobilienfinanzierungsgeschäft bei unseren Sparkassen trotz der sich deutlich verschlechternden Rahmenbedingungen weiterhin sehr dynamisch verläuft.

Das gilt in noch stärkerem Ausmaß für das Neukreditgeschäft mit Firmenkunden. Dort haben die Darlehenszusagen in den ersten sechs Monaten sogar um 8,5% zugelegt. Im Vorjahreszeitraum war noch ein Minus von 2,7% zu Buche geschlagen. Die Ursache für diesen kräftigen Zuwachs – eine Mischung aus Liquiditätssicherung und Investitionsneigung – habe ich bereits vorhin erwähnt.

Nullsummenspiel bei Einlagen

Auf der Passivseite der Bilanz ist der Einlagenbestand der Sparkassen in unserem Verbandsgebiet im ersten Halbjahr 2022 mit einem 0%-Wachstum stabil geblieben. Die hohen Zuwachsraten der letzten Jahre von 4 bis zu 8% per annum scheinen wohl der Vergangenheit anzugehören. Mitverantwortlich dafür sind zum einen konsumtive Nachholeffekte nach dem Ende der Corona-Einschränkungen. Zum anderen hat aber auch die hohe Inflation offenkundig Spuren im Sparverhalten hinterlassen. Denn für den täglichen Bedarf, für Energieprodukte und darüber hinaus ist heute viel mehr Geld erforderlich als noch vor einem Jahr. Das schränkt das Sparpotential vieler Menschen entsprechend ein und bremst die Einlagenzuflüsse bei den Sparkassen.

Der Trend zur kurzfristigen Anlage ist bei unseren Instituten auch im ersten Halbjahr 2022 nicht gebrochen. Bei der Analyse der Wachstumsrate fällt aber eine schon lange nicht mehr zu beobachtende Diversität auf. Zwar sind die Spareinlagen erneut um 2,2% gesunken und die Täglich Fälligen Gelder um 0,1% gestiegen. Soweit also nichts Neues. Jedoch konnten auch die Eigenemissionen und die Termingelder zulegen – erstere um 3,8%, letztere sogar um 18,2%, wobei der Zuwachs von einem relativ niedrigen Ausgangsniveau erfolgte. Hier sehen wir vielleicht schon die ersten zarten Blüten der Zinswende!

Für Anleger hat sich das erste Halbjahr 2022 vor allem wegen des Ukraine-Kriegs und aufkommender Zinssorgen als kolossaler Bärenzeitraum präsentiert. In diesen schwierigen Zeiten haben die Sparkassenkunden in unserem Verbandsgebiet aber einen kühlen Kopf

bewahrt. Die Wertpapierkäufe gingen im Berichtszeitraum zwar um 9,7% zurück. Das Minus bei den Verkäufen fiel mit gut 17% aber deutlich höher aus. Die ruhige Hand der Kunden hat sich auch bei den Sparkassenumsätzen bemerkbar gemacht. Sie sind um 12,9% gesunken. Der Nettoabsatz als Saldo von Käufen und Verkäufen hat sich dagegen um 10,9% erhöht.

EZB hat sich zu Zinswende durchgerungen

Damit komme ich zur Ertragsentwicklung, der wie immer um diese Zeit die Zahlen aus unserer Prognoserechnung für das Gesamtjahr 2022 zugrunde liegen. Die Prognosezahlen sehen derzeit recht ordentlich aus. Danach wird der Provisionsüberschuss im laufenden Jahr erneut zulegen, nämlich um 1,6% auf gut 920 Mio. Euro. Auch beim Zinsüberschuss gibt es gute Nachrichten. Die Europäische Zentralbank EZB hat nach langem, langem Zögern endlich die Zinswende eingeleitet. Das kann aber nur der Anfang sein. Denn die anderen Notenbanken wie die Fed sind der EZB bei den Zinsschritten schon weit enteilt. Die amerikanisch-europäische Zinsdifferenz hat den Euro zeitweise unter Parität gedrückt, was die Gefahr der importierten Inflation erhöht. Dass das keine bloße Theorie ist, zeigen die Außenhandelszahlen vom Mai. Danach hat die deutsche Wirtschaft nicht zuletzt wegen der teuren Energie-Importe und der lahmen Globalisierung zum ersten Mal seit 2008 ein Außenhandelsdefizit eingefahren. Auch wenn sich das im Juni schon wieder geändert hat, wird der vor allem preisinduzierte Bedeutungszuwachs der Importe den Handlungsdruck auf die EZB weiter verstärken.

Was die Zinswende anbelangt, sind die Anleihemärkte schon deutlich weiter als die EZB. Sie haben sie bereits viel früher eingepreist. Dadurch ist die Zinsstrukturkurve steiler geworden. Das wird uns unser Kerngeschäft mit der Fristentransformation erleichtern. Die Ertragsprognose rechnet derzeit damit, dass der Zinsüberschuss der Sparkassen im Verbandsgebiet um 0,8% über dem Vorjahresniveau liegen wird. Hier sehe ich aber wegen der sich verändernden Zinslandschaft noch durchaus Potenzial. Ob sich das dann im laufenden oder erst im nächsten Jahr positiv auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Inflation hinterlässt auch bei Verwaltungsaufwand Spuren

Auch beim Verwaltungsaufwand kommen wir am Thema Inflation nicht vorbei. Der Sachaufwand der Sparkassen wird steigen. Perspektivisch gilt das auch für den Personalaufwand. Der nächste Tarifabschluss wird aber erst im kommenden Jahr schlagend. Zurzeit beziffert die Prognose beim Verwaltungsaufwand das Plus mit 2,6%, wobei das Gros der Steigerung mit gut 6% auf den Sachaufwand entfällt. In der Summe wird das Betriebsergebnis vor Bewertung in unserem Verbandsgebiet derzeit mit gut 960 Mio. Euro um etwa 2% niedriger als im Vorjahr gesehen. Das wäre angesichts der ja nicht gerade leichten Rahmenbedingungen wieder ein ordentliches Resultat.

In den letzten Jahren hat das Bewertungsergebnis für unsere Sparkassen meist keine allzu große Rolle gespielt. Dank Zuschreibungen im Kreditgeschäft oder bei den Wertpapieren lag es in manchen Jahren nach Bewertung sogar höher als vor Bewertung. Auch 2020 haben sich die coronabedingten massiven Marktkursrückgänge im Jahresverlauf wieder deutlich erholt. Diese Konstellation wird diesmal nicht eintreten. Denn so überfällig und begrüßenswert der Zinsanstieg grundsätzlich auch ist, hat er sich an den Anleihemärkten doch recht schnell und ruckartig vollzogen. Und das birgt eben auch Risiken, weil bei den Anleihen steigende Renditen immer mit fallenden Kursen einhergehen. Der gesamte Euro-Anleihemarkt hat seit Jahresbeginn zeitweise fast 10% verloren, die zehnjährige Bundesanleihe sogar über 11%, auch wenn sich die Renditeentwicklung inzwischen wieder etwas beruhigt und umgekehrt hat.

Zinsentwicklung im Wertpapierbereich für Sparkassen beherrschbar

Das bleibt auch für die Wertpapierbestände unserer Sparkassen nicht ohne Folgen. Das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft wird sich deutlich erhöhen und entsprechend auch unser Betriebsergebnis nach Bewertung belasten. Mit diesen Abschreibungen haben unsere Sparkassen den bisherigen Zinsanstieg aber weitgehend verarbeitet. Wir gehen derzeit davon aus, dass die Renditen in der nächsten Zeit nicht mehr ganz so stark zulegen werden wie zuletzt. Bei der zehnjährigen Bundesanleihe scheint der Höhepunkt erst einmal überschritten zu sein. Mitte Juni hatte die Rendite noch fast die 2%-Marke überschritten. Inzwischen liegt sie wieder darunter. Darüber hinaus können die Sparkassen den Folgen des Zinsanstiegs im Bestand auch zumindest teilweise entgegenwirken. Wir halten deshalb derzeit die Folgewirkungen dieser Zinsentwicklung für unsere Sparkassen für beherrschbar.

Es muss sich daher um unsere Institute niemand Sorgen machen – auch nicht Professor Jasny, der vor kurzem angesichts des veränderten Zinsumfelds seine Studie von 2016 zur Anlagepolitik der Sparkassen in neuem Gewande wieder in Umlauf gebracht hat. Seiner Meinung nach wird eine Vielzahl von Sparkassen ihrem öffentlichen Auftrag nicht mehr gerecht, weil sie lieber hohe Summen am Kapitalmarkt anlegten anstatt die örtliche Bevölkerung mit Geld- und Kreditleistungen zu versorgen. In seinen Augen wird das nun bei den taumelnden Aktienmärkten und steigenden Zinsen zu einem Problem, da diesen Häusern erhebliche Verluste drohen.

Es ist traditionell das Geschäftsmodell der Sparkassen, in ihrer jeweiligen Region Einlagen einzusammeln und diese in Kredite an lokale Firmen, Privatpersonen und Kommunen zu veredeln. Wahrscheinlich genauso alt wie die Sparkassen ist aber auch das Phänomen des Einlagenüberhangs. In welchem Ausmaß bei einem Haus die eingesammelten Einlagen die ausgelegten Kredite übersteigen, hängt sehr stark vom jeweiligen Geschäftsgebiet und der

dortigen Kreditnachfrage ab. Gerade in der Corona-Krise sind die Einlagen bei unseren Instituten wie bei anderen Banken auch überdurchschnittlich stark gestiegen. Gleichzeitig haben unsere Sparkassen aber in den letzten Jahren auch ihr Kreditgeschäft sukzessive und spürbar ausgebaut – und zwar gerade auch in Zeiten, die realwirtschaftlich nicht immer einfach waren.

Das zeigt, dass wir unseren öffentlichen Auftrag kennen, ihn ernst nehmen und verantwortungsvoll umsetzen. Die Zinswende wird bei den Sparkassen – wie bei den anderen Banken auch – übergangsweise für höhere Abschreibungen bei den Wertpapieren sorgen, die aber beherrschbar sind. Trotz dieser temporären Nebenwirkungen ist der Zinsanstieg aber grundsätzlich eine gute Sache. Das kann man nicht oft genug wiederholen. Denn er wird uns helfen, weil er uns zumindest mittelfristig Rückenwind gibt und unsere Ertragsseite nachhaltig stärkt.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft bleibt unauffällig

Im Blick zu behalten gilt es weiterhin die Risikovorsorge im Kreditgeschäft. In der Corona-Krise sind unsere Sparkassen in diesem Bereich glimpflich davongekommen. Die befürchtete Pleitewelle ist ausgeblieben. Vom Ukraine-Krieg mit seinen Folgen ist aber eine Vielzahl von Branchen betroffen. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Betriebe, die sich von den Corona-Verwerfungen gerade so berappelt haben, jetzt durch die neue Liefer- und Energiekrise endgültig aus der Bahn geworfen werden. Der Trend zu steigenden Zinskosten wird mögliche Probleme sicher noch verstärken.

Wir müssen aber auch den privaten Sektor im Auge behalten. Viele Haushalte haben mit den explodierenden Lebenshaltungskosten zu kämpfen. Sie müssen ihr verfügbares Einkommen oder sogar mehr einsetzen, um die exorbitant anziehenden Energiekosten und die allgemeinen Preissteigerungen zu kompensieren. Am Ende kann sich das negativ auf die Rückzahlungsfähigkeit bei Baufinanzierungen oder Ratenkrediten auswirken – mit den entsprechenden Folgen für den Wertberichtigungsbedarf bei Banken und Sparkassen.

Zurzeit sind bei den Ausfallwahrscheinlichkeiten jedoch noch keine besonderen Auffälligkeiten zu beobachten. Das gilt für die Gewerbe- und Firmenkunden, aber auch für die Privatkunden. Allerdings sind das alles Momentaufnahmen, die sich in den nächsten Wochen und Monaten in eine ganz andere Richtung entwickeln können. So greifen momentan viele Unternehmen zum Beispiel beim Strom noch auf längerfristige Verträge zurück, die die aktuellen erheblichen Preissteigerungen noch gar nicht abbilden. Hier wird es auf absehbare Zeit für viele zu großen Belastungen kommen, wenn die bisherige Preisbindung wegfällt. Gleiches gilt für die Verbraucher, die mit Gas heizen. Die

Auswirkungen der Preisexplosion im Energiesektor werden in ihrer ganzen Tragweite wohl erst im kommenden Jahr zu spüren sein.

Aber auch fürs laufende Jahr ist es für eine komplette Entwarnung noch zu früh. Laut Prognose haben unsere Sparkassen in Hessen und Thüringen als vorsichtige Kaufleute die Risikovorsorge im Kreditgeschäft für 2022 auf rund 130 Mio. Euro aufgestockt. Auch wenn dieser Betrag höher als in den Vorjahren liegt, fällt er doch nicht aus dem Rahmen.

III. Weitere Entwicklung

Wie sieht nun der Ausblick in die nähere Zukunft aus? Die Bundesregierung hat ihre Konjunkturvorschau für dieses Jahr inzwischen auf gut 2% zurückgenommen. Manche Auguren sind noch vorsichtiger und erwarten ein Wachstum von 1% plus x. Wieder andere sehen in der ins Negative gerutschten deutschen Außenhandelsbilanz vom Mai bereits die Vorboten für eine Rezession.

All diesen Prognosen ist gemein, dass darin mögliche Großrisiken wie ein kompletter Gas-Lieferstopp, eine verschärfte Gasmangellage oder eine eskalierende Lieferkettenproblematik noch nicht eingepreist sind. Sollte es an dieser Ecke in den nächsten Wochen und Monaten zu einem entsprechenden Megaereignis kommen, wären alle bisherigen Vorausschau Schall und Rauch. Gewiss ist derzeit also nur die Ungewissheit. Uns bleibt deshalb gar nichts anderes übrig, als auf Sicht zu fahren, wenn Sie mir diese Floskel ausnahmsweise gestatten mögen.

Sollte sich nichts Gravierendes ändern, rechnen wir bei den Krediten dank des guten Neugeschäfts in nächster Zeit weiter mit wachsenden Beständen. Das gilt sowohl für den gewerblichen als auch für den privaten Bereich. Das Kreditwachstum hat sich bei unseren Sparkassen in den letzten Monaten natürlich auch deshalb beschleunigt, weil sich viele Menschen und Firmen das immer noch niedrige Zinsniveau sichern wollten. Umgekehrt bremsen diese Vorzieheffekte die Darlehensvolumina derzeit noch nicht aus.

Wachstum bei Immobilienfinanzierungen wird sich normalisieren

Allerdings ist es aber gerade bei den Immobilienfinanzierungen wegen der vielerorts exorbitant gestiegenen Objektpreise und der anziehenden Bauzinsen wahrscheinlich, dass die bisherigen überdurchschnittlich hohen Wachstumsraten der letzten Zeit über kurz oder lang der Vergangenheit angehören werden. Das wäre kein Beinbruch. Es wäre vielmehr ein Zeichen dafür, dass die Verhältnisse am Markt allmählich wieder zur Normalität zurückkehren und sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage entsprechend neu justiert.

Bei den Einlagenbeständen unserer Sparkassen wird es – wenn überhaupt – nur ein geringes Wachstum geben. In diesem Bereich sehen wir zwei entgegengesetzte Kräfte. Einerseits sorgt das Ende der coronabedingten Restriktionen dafür, dass sich die zuvor massiv gestiegene Sparquote wahrscheinlich in diesem und im nächsten Jahr wieder bei den sonst üblichen rund 10% einpendeln wird.

Andererseits macht die hohe Inflation der Konsumlust vieler Verbraucher aber oft einen Strich durch die Rechnung. Und selbst die, die sich den Konsum noch leisten können, kommen dennoch nicht immer ans Ziel. Denn vielerorts gerät jetzt der Personalmangel zu einem ernststen Problem. So wurden bereits viele Urlaubsflüge gestrichen und die Kapazitäten in Schwimmbädern und anderen Freizeiteinrichtungen spürbar zurückgefahren.

Im Wertpapiergeschäft erwarte ich in den kommenden Monaten ähnlich wie im ersten Halbjahr 2022 keine besonders ausgeprägten Aktivitäten. In diesen unsicheren Zeiten ist davon auszugehen, dass die Sparkassenkunden ihre bisherige Strategie der ruhigen Hand fortsetzen werden.

Was die Ertragsseite unserer Sparkassen angeht, bin ich recht optimistisch. Die Prognosezahlen zeigen, dass unsere Ertragskraft operativ intakt ist. Der Provisionsüberschuss wächst trotz der aktuellen Flaute an den Wertpapiermärkten. Die Zinswende ist da und wird sich über kurz oder lang auch in der Gewinn- und Verlust-Rechnung der Sparkassen positiv niederschlagen, auch wenn wir derzeit noch vor allem ihre negativen Seiten in Form von erhöhten Abschreibungen im Wertpapierbereich erleben. Inzwischen hat sich die Renditeentwicklung an den Anleihenmärkten allerdings schon wieder umgekehrt. Deshalb rechnen wir auf Sicht auch dort mit sinkenden Abschreibungserfordernissen und einer gewissen Entlastung.

Zinserhöhungszyklus der EZB erwartet

Gleichzeitig gehen wir davon aus, dass die EZB zumindest den Herbst für Zinserhöhungen nutzt. Wie weit dieser Erhöhungszyklus dann in den Winter reichen wird, müssen wir sehen. Es gibt ja die ersten Volkswirte, die der EZB raten, die Leitzinsen gar nicht erst anzufassen, weil die Rezession vor der Tür stehe. Ein solches Abwarten und Spekulieren auf schlechte Zeiten wäre aber aus meiner Sicht kontraproduktiv. Denn es liegt doch seit geraumer Zeit klar auf der Hand, dass der Preisauftrieb kein vorübergehendes Phänomen ist.

Die Inflation wird auf absehbare Zeit hoch bleiben und sich vor allem auch nicht von alleine in Wohlgefallen auflösen. Wir erleben gerade, wie sich die gestiegenen Preise in die Inflationserwartungen der Marktteilnehmer fressen. So zeigen die ersten Lohnabschlüsse schon recht gut, in welche Richtung das geht. Für die Sparkassen als Arbeitgeber sind die

Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes von Bedeutung, die Anfang nächsten Jahres anstehen. Ich hoffe, die Tarifvertragsparteien werden da zu klugen Lösungen kommen. Das ist ein wirklich vielschichtiges Thema.

IV. Banken- und Nachhaltigkeitsregulierung gefährdet mittelständische Struktur der deutschen Wirtschaft

Die Zeiten werden also unsicher und schwierig bleiben. Bei allen Widrigkeiten hat sich die deutsche Volkswirtschaft bislang aber relativ wacker geschlagen. Diese Stabilität und Krisenfestigkeit resultiert zum einen aus ihrer mittelständisch geprägten Struktur, die für einen hohen Grad an Diversität, Flexibilität und Risikostreuung sorgt. Zum anderen verdankt sie aber auch ihrem Pendant einer dezentral verfassten Kreditwirtschaft, für die die Sparkassen und Volksbanken idealtypisch stehen.

Denn diese dezentral aufgestellten Institute sind es doch, die den Firmen und Menschen in guten wie in schlechten Tagen mit Krediten und anderen Finanzdienstleistungen oder einfach auch mit Rat und Tat verlässlich und persönlich vor Ort zur Seite stehen. Und schwierige Zeiten gab es in den letzten Jahren zuhauf. Weder in der Finanzkrise, noch in der Corona-Pandemie und auch jetzt in der Ukraine-Krise ist eine Kreditklemme bei uns auch nur im Ansatz ein Thema gewesen.

Das Hessische Finanzministerium hat vor kurzem in einem Diskussionspapier noch einmal auf den entscheidenden Zusammenhang zwischen der mittelständisch strukturierten deutschen Realwirtschaft und der ebenfalls vornehmlich dezentral geprägten Kreditwirtschaft hingewiesen. Diese Artverwandtschaft zwischen Real- und Kreditwirtschaft, die seit vielen Jahren die Grundlage für den Erfolg und Wohlstand in unserem Land bildet, gerät nach Einschätzung des Finanzministeriums wegen der immer komplexeren regulatorischen Vorschriften zunehmend in Gefahr. Nach dem Diskussionspapier liegt das vor allem daran, dass die EU in der Regulierung nach wie vor einen Single-Rulebook-Ansatz fährt, dessen Regeln für alle Banken unabhängig von ihrer Größe, Komplexität und Systemrelevanz gelten.

Der jahrelange Einsatz der deutschen Politik und der kreditwirtschaftlichen Verbände für verhältnismäßige und dem Proportionalitätsgedanken gerecht werdende Regelungen in Europa hat durchaus erste Früchte getragen. Das Europäische Bankenpaket ist in diesem Kontext zu nennen, das mit der CRR II im Juni 2021 umgesetzt wurde und erstmals eine Definition für kleine und nicht komplexe Institute beinhaltet, die – nach dem Willen des Gesetzgebers – von administrativen Erleichterungen profitieren sollen.

In der Praxis kommt allerdings von den darin vorgesehenen Entlastungen am Ende viel zu wenig bei den Instituten an. So umfasst die europäische Meldeverordnung, die sich mindestens einmal im Jahr ändert, derzeit sage und schreibe 1955 Seiten mit Meldebögen und Ausfüllhinweisen. Und darin sind die nationalen/statistischen Meldungen und die Meldungen aus dem Wertpapier- und Kapitalmarktbereich wie EMIR sowie die granularen Meldungen wie AnaCredit noch gar nicht inbegriffen! Die Belastung ist damit trotz der gestiegenen Sensibilität für die Belange kleiner und risikoarmer Institute unverändert hoch. Es bleibt die Frage, welchen Nutzen diese Datenflut für die Aufsichtsbehörden hat und welche Maßnahmen darauf aufsetzen werden.

Entlastungen á la Radio Eriwan

Und wenn es dann tatsächlich mal zu Entlastungen kommt, erfolgen diese oft nach dem alten Radio-Eriwan-Muster des „Im Prinzip ja, aber...“. So befreit der Gesetzgeber die Institute in manchen Fällen zwar materiell von den Anforderungen. Gleichzeitig hält er aber weiterhin daran fest, dass die Häuser die entsprechenden Werte kalkulieren und melden müssen.

Um mal ein Beispiel zu nennen: Das CVA-Risiko beschreibt das Risiko einer möglichen Bonitätsverschlechterung der Gegenpartei bei Derivategeschäften. Es ist grundsätzlich mit Eigenmitteln zu unterlegen. Wenn Sparkassen diese Geschäfte mit einer Landesbank tätigen, ist das aber aufgrund unseres aufsichtlich anerkannten Institutssicherungssystems nicht erforderlich. Trotz dieser materiellen Entlastung müssen die Institute künftig mit der Umsetzung von Basel IV gleichwohl das hypothetische CVA-Risiko kalkulieren und melden.

Hier stellt sich die Sinnfrage. Denn die Aufsicht kennt ja aufgrund der bestehenden Meldeanforderungen ohnehin schon die Marktwerte aller Derivategeschäfte. Sie könnte also zumindest näherungsweise entsprechende Rückschlüsse ziehen. Der ganze Aufwand ist umso unverständlicher, als bei allen Sparkassen in unserem Verbandsgebiet der Anteil des CVA-Risikos an den gesamten risikogewichteten Positionsbeträgen gerade mal 0,0073 % beträgt!

Kleine Häuser an der regulatorischen Belastungsgrenze

In diesem Fall wird Regulatorik zur reinen Beschäftigungstherapie, auf die die kleinen Häuser sehr gut verzichten könnten. Denn für sie ist mittlerweile die Belastungsgrenze erreicht. Ihnen bleibt oft gar nichts anderes übrig, als Prioritäten zu setzen: Während Pflichtaufgaben – und dazu zählt natürlich die Regulatorik – vorrangig bearbeitet werden, müssen geschäftspolitisch eigentlich in den Vordergrund gehörende Themen wie der Vertrieb oder die Kundenpflege immer häufiger zurückgestellt werden. In dem ohnehin herausfordernden Umfeld mit seinen zahlreichen geopolitischen und konjunkturellen

Unsicherheiten, einer erst am Anfang stehenden Zinswende und natürlich auch der spürbar die Kosten treibenden Inflation wird das auf Dauer schwierig.

Zu alledem kommen dann auch noch die steigenden direkten Aufsichtskosten dazu. So hat sich die direkte BaFin-Umlage für die Sparkassen in unserem Verbandsgebiet seit 2013 mehr als vervierfacht. Die gesamten umlagefähigen Anteile des kompletten BaFin-Haushalts betragen 2013 170,5 Mio. Euro. Heute liegen sie bei 520,5 Mio. Euro. Gleichzeitig ist die Zahl der Institute gesunken, die diese Aufsichtskosten zu tragen haben. Beteiligen müssen sich die Sparkassen auch an den Gebühren für den Haushalt der EZB, obwohl sie von ihr nur indirekt beaufsichtigt werden.

Und auch bei den Kosten für den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus SRM sind wir trotz unseres institutsbezogenen Sicherungssystems mit von der Partie. Dessen Abwicklungsfonds SRF wird durch eine europäische Bankenabgabe gespeist. Wegen des zumindest zuletzt dynamischen Wachstums der gedeckten Einlagen wird für 2023 ein Zielvolumen von 80 Mrd. Euro erwartet. Derzeit ist der SRF aber erst mit rund 52 Mrd. Euro gefüllt. Aufgrund dieser Lücke ist mit erheblichen Beitragssteigerungen zu rechnen, die auch die Sparkassen treffen werden – obwohl wir davon überzeugt sind, dass sich der SRF nie mit einer Sparkasse aus Hessen oder Thüringen zu befassen haben wird.

Betrachtet man diese Punkte in ihrer Gesamtheit, verwundert es nicht, dass bei einer zunehmenden Anzahl von Instituten die Grenze der Belastbarkeit in Sichtweite gerät. Nach der Weltfinanzkrise gab es einen breiten Konsens, das Problem des „Too Big to Fail“ endlich konsequent regulatorisch anzugehen. Durch den Single-Rulebook-Ansatz ist aber am anderen Ende ein neues Problem produziert worden – das Problem des „Too Small to Survive“.

Regulatorik als verkappte Strukturpolitik

Wenn sich dieser Trend zur Größe und Zentralisierung in der Finanzwirtschaft fortsetzt, wird sich das irgendwann auch negativ auf den Zuschnitt der Realwirtschaft auswirken. Da sind wir uns mit dem Hessischen Finanzministerium völlig einig. Denn aus unserer Sicht läuft das parallel: Wer Banken reguliert, der reguliert immer auch die Realwirtschaft. Und mit einer Regulatorik, die kleine und mittlere Institute ohne Not und echten Nutzen faktisch an die Wand drückt, wird am Ende eben auch Strukturpolitik betrieben – und zwar in beide Richtungen! Das bleibt sowohl für die Kredit- als auch für die Realwirtschaft nicht folgenlos.

Wir begrüßen es deshalb, dass der Koalitionsvertrag auf Bundesebene Erleichterungen für kleine und mittelgroße Institute vorsieht, um das bewährte Drei-Säulen-Modell zu erhalten. Danach sollen gut kapitalisierte kleinere und mittelgroße Banken und Sparkassen mit

risikoarmen Geschäftsmodellen im Meldewesen und im SREP-Prozess substanziell entlastet und Zusatzbelastungen nach Möglichkeit vermieden werden. Eine ähnliche Stoßrichtung weist das bereits erwähnte Diskussionspapier des Hessischen Finanzministeriums auf, das die Systemrelevanz und die internationale Orientierung einer Bank in den Mittelpunkt einer neu justierten Regulatorik stellen will. Bei Instituten, bei denen diese beiden Faktoren keine große Rolle spielen, könnte die Regulierung entsprechend deutlich weniger komplex erfolgen. Ein solches um die Systemrelevanz kreisendes regulatorisches Regime würde dem Gedanken der Proportionalität endlich wirklich gerecht werden. Dieser Ansatz wäre klar und eindeutig und hätte eine echte Entlastung der kleineren Institute zur Folge.

Alles andere ist und bleibt auch bei grundsätzlich gutem Willen letztlich Oberflächenkosmetik. Das gilt auch für die von den europäischen Aufsehern geplante Reform für ein granulares Meldewesen mit Datentransformationen auf ein einheitliches Datenmodell und der ergänzenden Lieferung wesentlicher Kennzahlen. Nach einer aktuellen BaFin-Studie wird aber auch eine solche Reform die Belastungen der Kreditinstitute nicht wesentlich senken. Im Gegenteil: Die geplanten Veränderungen dürften zunächst erstmal hohe Initialaufwendungen nach sich ziehen. Ob sich diese Investitionen amortisieren werden, bleibt abzuwarten. Wir sind da nicht sonderlich optimistisch.

Denn es reicht eben nicht aus, bloß die Bereitstellungswege für die Meldedaten anders als bisher zu organisieren. Die Institute müssen sie ja an der Quelle weiter erheben. Es braucht deshalb einen tiefergehenden und zugleich einfacheren Ansatz, wie ihn das Hessische Finanzministerium vorgeschlagen hat: Wenn ein Institut nicht als systemrelevant gilt, dann sollte eine Vielzahl von Daten von ihm gar nicht erst eingefordert und erhoben werden.

Nachhaltigkeit als neues regulatorisches Experimentierfeld

Eine ganz neue regulatorische Großfront droht beim Thema Nachhaltigkeit. Mit der Umsetzung von Basel IV sollen auch Umwelt-, Sozial- und Governance-Risiken, kurz ESG-Risiken, definiert werden. Das wird natürlich auch entsprechende und vermutlich wieder ausladende Melde- und Offenlegungspflichten für alle Institute mit sich bringen, die zu den bereits vielfältig vorhandenen Anforderungen noch on top kommen. Hier entsteht gerade en passant ein ganz neues regulatorisches Experimentierfeld, das für Banken und Sparkassen auf mehreren Ebenen erhebliche Auswirkungen haben wird.

Hinzu kommen regulatorische Anforderungen aus den EBA-Guidelines für die Kreditvergabe und deren Überwachung. Die Aufsicht erwartet, dass Kreditinstitute künftig die Nachhaltigkeitsrisiken ihrer Kunden im Kreditprozess berücksichtigen. Hier sind kleine und mittelgroße Unternehmen klar im Nachteil. Denn im Gegensatz zu kapitalmarktorientierten Konzernen verfügen viele KMU in aller Regel nicht über ein systematisches

Nachhaltigkeitsreporting. Um die notwendigen Informationen zu erhalten, werden Sparkassen und Volksbanken deshalb intensive Dialoge mit ihren mittelständischen Kunden führen müssen, die diese Daten dann häufig auch erst einmal recherchieren und ausfindig machen müssen! Auch wenn der Dialog mit Kunden grundsätzlich eine sinnvolle Sache darstellt, ist das ein mühseliges Geschäft mit fragwürdigem Erkenntnisgewinn – für beide Seiten!

S-ESG-Score setzt bei Kreditprozess an Branchenzugehörigkeit an

Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Die Sparkassenorganisation steht hinter den europäischen Klima- und Umweltzielen. Wir wollen und wir werden uns bei der damit verbundenen Großtransformation der Wirtschaft aktiv einbringen und dort als der Mittelstandsfinanzierer auch eine Schlüsselrolle übernehmen. Bereits heute unterstützen wir unsere Kunden auf ihrem Weg zu einem nachhaltigeren Leben und Wirtschaften. Bei der Abfrage der Nachhaltigkeitspräferenz im Anlageberatungsprozess waren unsere Institute lange vor der gesetzlichen Pflicht Vorreiter. Und auch im Firmenkundengeschäft versuchen wir zum Beispiel bei der Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsrisiken praktikable Lösungen zu finden, um den Kunden und den Sparkassen trotz Abbildung des Themas das Leben nicht unnötig schwer zu machen.

Dieser Ansatz spiegelt sich im sog. S-ESG-Score wider, den die Sparkassenorganisation entwickelt hat. Er setzt an der Branchenzugehörigkeit des jeweiligen Kreditnehmers an und ermittelt zunächst für diese Branche anhand von zehn Indikatoren den Grad möglicher Nachhaltigkeitsrisiken, denen die Branche ausgesetzt ist. Ausgehend von der Branchenzugehörigkeit können dann im Bedarfsfall individuelle Nachhaltigkeitsrisiken eines Unternehmens im Vergleich zur Branche beurteilt werden. Wie das alles funktioniert, können unsere Kunden inzwischen auch einem Flyer zum S-ESG-Score entnehmen.

Der branchenbasierte Score ermöglicht den Sparkassen, ihr gesamtes Kreditportfolio – also auch die Kleinst- und Kleinunternehmen – mit vertretbarem Aufwand auf Portfolioebene auf Nachhaltigkeitsrisiken zu untersuchen. Wir haben eine standardisierte Lösung entwickelt, die den Aufwand in Grenzen halten kann. Allerdings hängen wir hier etwas in der Luft. Denn die EBA-Guidelines werden erst mit ihrer Umsetzung im Rahmen der MaRisk voraussichtlich Anfang 2023 für die national beaufsichtigten Institute verbindlich. Welche Kreditnehmer danach pauschal betrachtet werden können und für welche ein individueller Ansatz zu wählen ist, wissen wir derzeit noch nicht. Wir können an dieser Stelle nur appellieren, dass der branchenweite Ansatz möglichst breit genutzt werden kann. Ansonsten droht die Gefahr, dass sich der Aufwand der Institute gerade bei kleinvolumigen Krediten unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht mehr darstellen lässt. Darunter hätten vor allem kleine Firmen zu leiden. Und das wäre dann ein weiteres Beispiel dafür, wie über die

Bankenregulatorik auch in der Realwirtschaft Strukturpolitik betrieben wird, die am Ende zu Lasten der KMU geht.

EU-Taxonomie-Verordnung und Green Asset Ratio

Weitere erhebliche Auswirkungen werden sich für die Kreditprozesse und das Reporting der Institute aus der EU-Taxonomie-Verordnung ergeben. Banken und Sparkassen müssen danach ab 2024 für das Berichtsjahr 2023 die Green Asset Ratio (GAR) als neue Kennzahl veröffentlichen. Die GAR gibt Auskunft über den taxonomiekonformen Anteil der Vermögenswerte eines Instituts. Den erhält man, indem man das grüne Exposure in Krediten, Aktien und Anleihen durch die Bilanzsumme teilt. Bei der EU-Taxonomie liegt bekanntlich noch vieles im Dunkeln. Eines ist aber heute schon gewiss: Die Datenanforderungen, die sich daraus ergeben, werden noch viel granularer sein als bei den bereits erwähnten EBA-Guidelines für die Kreditvergabe und deren Überwachung.

Leider ist auch die EU-Taxonomie wieder ganz auf die Bedürfnisse der Großunternehmen und Großinstitute zugeschnitten. Den Lebensrealitäten der kleineren Betriebe und Institute wird sie dagegen wenig gerecht. Bei der Green Asset Ratio liegen viele ihrer Vorschriften geradezu quer zum klassischen Sparkassengeschäft.

Um nur einige Beispiele zu nennen. Im Kreditgeschäft mit Kommunkunden gelten Kassenkredite wegen der fehlenden Zweckbindung per se nicht als ökologisch nachhaltig. Sie dürfen deshalb grundsätzlich nicht in die GAR einberechnet werden. Dasselbe gilt für die Dispokredite im Privatkundengeschäft, weil dort ebenfalls keine Bindung an einen ökologisch nachhaltigen Zweck nachweisbar ist.

Bei den Immobilien knüpft die EU-Taxonomie so hohe Vorgaben an das Gütesiegel „ökologisch nachhaltig“, dass derzeit in Deutschland nur 5 bis 10 Prozent des Gebäudebestandes diese überhaupt erfüllen. Entsprechend niedrig wird allgemein der GAR-fähige Teil der Immobilienfinanzierungen ausfallen. Bei den Sparkassen wird das aber noch ausgeprägter der Fall sein. Denn unsere Institute sind traditionell sehr stark in ländlichen und strukturschwachen Räumen vertreten. Dort wird aber weniger neu gebaut oder saniert, was zu einem strukturellen Nachteil der Sparkassen bei der GAR führen wird.

Kredite an Kleinbetriebe werden bei GAR diskriminiert

Es geht aber noch weiter. Im Firmenkundengeschäft dürfen Sparkassen nur dann nachhaltige Kredite in die GAR einrechnen, wenn der Kunde derzeit mehr als 500 Beschäftigte hat und damit nach der Non-Financial Reporting Directive (NFRD) berichtspflichtig ist. Der Proportionalitätsgedanke ist grundsätzlich gut und wichtig. In diesem Fall wird er aber zum Bumerang. Denn er führt in der Praxis zu einer krassen

Ungleichbehandlung: Finanziert eine Sparkasse eine ökologische Lagerhalle für den berichtspflichtigen Konzern X, darf sie den Kredit dafür bei der GAR ansetzen. Finanziert sie dieselbe Lagerhalle beim Schreiner Y, der mit seinen drei Mitarbeitern nicht berichtspflichtig ist, darf sie das aber nicht. Da die NFRD für die Kernklientel der Sparkassen keine Anwendung findet, wird die GAR der Institute entsprechend niedrig ausfallen. Das gilt umso mehr, als solche Kredite zwar aus dem Zähler dieser Kennziffer herauszurechnen sind, nicht aber aus dem Nenner!

Green Asset Ration bildet Transformationsanstrengungen nicht ab

Die Green Asset Ratio hat aber noch einen anderen Haken. Sie bildet nur den Zielzustand ab. Den Weg dorthin blendet sie aus. Die Transformationsanstrengungen von heute und morgen, mit denen sich die Umweltziele in den nächsten Jahren ja überhaupt erst erreichen lassen, finden in dieser Kennziffer keinen Niederschlag. Das geht auch zu Lasten der Sparkassen, die eine gewichtige Rolle als Transformationsfinanzierer spielen. Trotz dieser Schwierigkeiten werden sich unsere Institute natürlich nicht aus dem Kreditgeschäft in ihren Regionen zurückziehen. Sie werden alles tun, um für den Nachhaltigkeitsgedanken zu werben und ihre Kunden auf dem Weg zur Nachhaltigkeit zu begleiten und zu unterstützen. Falls sich an der Konzeption der EU-Taxonomie aber nichts mehr ändert, werden Sparkassen und Volksbanken im Vergleich zu den Großbanken perspektivisch jedoch eine deutlich niedrigere Green Asset Ratio aufweisen.

Wir können heute noch nicht im Detail beurteilen, was das für konkrete Folgen haben wird. So wissen wir derzeit noch nicht, wie Kunden, Investoren, Stakeholder und die Öffentlichkeit künftig die grundsätzliche Bedeutung der Green Asset Ratio einschätzen werden. Es ist nicht auszuschließen, dass die Aufsicht irgendwann grüne Engagements bei den Kapitalanforderungen privilegieren wird. Einen solchen Green Supporting Factor lehnen wir aber ab. Denn es ist eine bewährte Regel bei der Kreditvergabe, dass sich die Höhe der Eigenmittelunterlegung immer am zugrundeliegenden Risiko orientieren soll.

Bei einer pauschalen Bevorzugung könnte es aber zu Fehlsteuerungen kommen. Der Green Supporting Factor würde in diesen Fällen zu einem Green Washing Factor, der die Risiken von grünen Engagements geringer darstellt als sie vielleicht tatsächlich sind. Eine solche pauschale Bevorzugung hätte aber auch noch einen anderen unerwünschten Nebeneffekt: Denn sie würde gleichzeitig die Kredite teurer machen, die zwar grün sind, die aber nicht als taxonomiekonform gelten, weil zum Beispiel der Kreditnehmer als Kleinunternehmen nicht ESG-berichtspflichtig ist. In der Konsequenz würde dann auch die EU-Taxonomie mit ihrer Schwarz-Weiß Logik aus guten Krediten an Konzerne und schlechten an Kleinbetriebe wieder ein Stück weit Strukturpolitik betreiben, die sich am Ende auf die typisch deutsche

dezentrale, mittelständische Wirtschaft auswirken wird – und zwar negativ. Das muss der Politik in Deutschland bewusst sein.

V. Fazit

Damit komme ich zum Schluss. Wir leben in bewegten Zeiten, in denen die eine Krise die andere ablöst. Der russische Überfall auf die Ukraine ist furchtbar und hat auch für uns gerade auf dem Gebiet der Energieversorgung erhebliche Auswirkungen. Dieser Krieg sorgt jetzt aber auch dafür, dass bei uns die bestehenden fossilen Abhängigkeiten nicht nur hinterfragt, sondern aktiv angegangen werden. Das wird den Umbau der Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit und Klimaschutz deutlich beschleunigen. Die Sparkassen werden diesen Umbau als Transformationsfinanzierer aktiv begleiten und vorantreiben. Unsere Institute haben in der Weltfinanzkrise und der Corona-Pandemie bewiesen, dass sie als automatische Stabilisatoren wirken und auf sie Verlass ist. Das wird diesmal nicht anders sein!

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!